

## **KWK Gesetz**

### **Kraft-Wärme-Kopplung: Bundestag verabschiedet "Bettvorleger"**

Unter scharfer Kritik von Opposition und Umweltverbänden haben SPD und Grüne das Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung verabschiedet. Der gefundene Kompromiss verfehle sein Ziel, halten die Umweltverbände der Regierung vor. Sie habe sich den großen Stromkonzernen ergeben.

Von Holger Kulick

Berlin - "Sie sollten sich schämen, so ein Gesetz auf den Weg gebracht zu haben", wettete der CDU-Umweltexperte Kurt-Dieter Grill im Bundestag. Und der Umweltverband WWF schimpfte in einer ersten Stellungnahme: "Ein Vorhaben, das als Tiger startete, ist als Bettvorleger gelandet".

Der Streitpunkt: das sogenannte "KWK-Gesetz", mit dem die Grünen den Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen erreichen wollten, wurde heute im Bundestag verabschiedet. Diese Anlagen erzeugen Strom und Wärme zugleich und verfügen damit über einen wesentlich höheren Wirkungsgrad als pure Strom oder Heizkraftwerke. In der Regel verfeuern sie Kohle, Erdgas und Öl. Etwa zehn Prozent des Stroms in Deutschland wird in KWK-Anlagen erzeugt, in Ländern wie Dänemark bereits 40 Prozent.

Ursprünglich wurde mit dem Gesetz auch der zusätzliche Neubau solcher Kraftwerke angestrebt, aber jetzt ist nur noch von "Erhalt und Erneuerung" bestehender Anlagen die Rede. Auch sollten ursprünglich 23 Millionen Tonnen Kohlendioxid durch den KWK-Ausbau abgebaut werden, wurde von Umweltminister Trittin und den Grünen versprochen. Jetzt werde der CO<sub>2</sub>-Ausstoß "bestenfalls um sechs Millionen Tonnen bis 2010 verringert", rechnete der WWF. Denn der Kompromiss-Entwurf basiert weitgehend nur auf einer freiwilligen Selbstverpflichtung der betroffenen Wirtschaftsverbände zur Reduzierung des klimaschädlichen Kohlendioxids.

### **Gescheiterter Zertifikatshandel**

Dem Bundestagsvotum vorausgegangen war ein über ein Jahr andauernder Streit innerhalb der Bundesregierung, aber auch unter den Wirtschaftsverbänden, wie Strom aus diesen Anlagen gefördert werden soll. Ein sehr viel weiter gehender, von den Grünen geprägter, Kabinettsbeschluss im vergangenen Jahr war in seiner Umsetzung am Widerstand von Wirtschaftsminister Werner Müller gescheitert, der sich an die Seite der großen Stromerzeuger schlug.

Die grüne Energiepolitikerin Michaela Hustedt sprach jedoch heute im Bundestag von einem "fairen Kompromiss" und "wichtigem Baustein" im Klimaschutzprogramm der Bundesregierung. Sie erwähnte in einer schriftlichen Erklärung aber auch den

nachhaltigen Widerstand "von eon und der Kohlelobby". Zugleich monierte sie selbstkritisch, dass das ursprünglich geplante Wunsch-Instrument der "Zertifikatshandel" gewesen sei, dabei wäre ein Ziel vorgegeben worden, und die Energiewirtschaft hätte selbst entscheiden müssen, auf welchem Weg sie dieses Ziel erreicht. Auch dies sei unter anderem "am Widerstand von eon und BDI gescheitert".

Regierungsvertreter nahmen überraschend nicht an der abschließenden Gesetzes-Lesung teil, offensichtlich aus gutem Grund.

### **Unterschiedliche Fördersätze**

Im Rahmen der beschlossenen Förderregelung wird KWK-Strom mit unterschiedlich hohen Sätzen gefördert. Sogar **Alt-Anlagen** erhalten zunächst noch **1,53 Cent** pro erzeugter Kilowattstunde. **Anlagen**, die **bis Ende 2005 modernisiert werden**, werden anfangs mit **1,74 Cent/kWh** gefördert. Kleine **KWK-Anlagen bis zu zwei Megawatt** elektrischer Leistung erhalten zu Beginn **2,56 Cent/kWh**. **Strom aus Anlagen bis 50 Kilowatt sowie Brennstoffzellen wird ab Aufnahme des Dauerbetriebs über zehn Jahre durchgehend mit 5,11 Cent gefördert.**

Mit dem neuen Gesetz wird das bisherige KWK-Vorschaltgesetz abgelöst. 2004 soll überprüft werden, ob das mit der Wirtschaft vereinbarte Klimaschutzziel erreicht werden kann. Insgesamt hat das KWK- Förderprogramm ein Volumen von rund 4,4 Milliarden Euro (8,7 Mrd Mark).

### **Strom wird 0,2 Cent teurer**

Stromkunden müssen durch die Förderregelungen bis zu 0,2 Cent pro Kilowattstunde mehr bezahlen. Industriekunden müssen mit einem Aufschlag von 0,05 Cent rechnen. Der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) rechnete vor, dass für einen Musterhaushalt, der im Monat rund 44 Euro (86 Mark) für Strom zahlt, der Betrag zur KWK-Förderung etwa 60 Cent ausmacht.

**Die neuen Einspeisevergütungen sollen am 1. April in Kraft treten.** Der Bundesrat soll sich im März damit befassen. Das Gesetz ist aber nicht zustimmungspflichtig.

### **Vielfältige Kritik**

Gemeckert wurde am Freitag von allen Seiten. Union und FDP warfen der Bundesregierung vor, die Strompreise permanent zu verteuern und eine "Klientelpolitik" zu Gunsten lokaler Stadtwerke zu betreiben. Die industrielle Energiewirtschaft beklagte eine Diskriminierung industrieller Kraftwerke, die Strom für den Eigenbedarf erzeugen, aber aus der Förderung ausgeschlossen sind.

Umweltverbände zeigten sich enttäuscht, da ihrer Ansicht nach durch den Kompromiss die Klimaschutzziele verwässert wurden. Für den BUND erklärte der Atomwissenschaftler Klaus Traube, dass die jetzt abgeschlossene gesetzliche Vereinbarung zwischen Industrie und

Bundesregierung nur "die Vormachtstellung der großen Stromabnehmer absichert". Zusätzliche Anbieter würden "nur marginal" gefördert und erhielten gegen den Verdrängungswettbewerb keinen Schutz.

**Positiv sei nur die zusätzlich festgeschriebene Förderung kleiner Mini-Blockheizkraftwerke mit 5,11 Cent/kwh, das werde "diese Marktnische erheblich beleben".**

KWK-Verband: "Paradebeispiel" verfehelter Politik

Bei den Kompromissverhandlungen vollkommen ausgespart blieb einer der wichtigsten Verbände, die KWK-Anlagen vertreten. Der Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung hatte sich allerdings erst zu Beginn der Verhandlungen gegründet. Sein Verbandspräsident Johannes van Bergen bezeichnete das neue Gesetz als nur "unzureichenden ersten Schritt".

Daher müsse der KWK-Ausbau "auf der Tagesordnung bleiben, wenn die Bundesregierung ihr Klimaschutzziel ernst nimmt". Jetzt sei nur "das Oligopol der großen Stromerzeuger stabilisiert" worden, statt Klimapolitik zu betreiben. In dieser Hinsicht sei dieses Gesetzgebungsverfahren "des Bundeswirtschaftsministers im Verein mit den großen Stromkonzernen" ein "Paradebeispiel, wie Politik in einer pluralistischen Gesellschaft nicht gemacht werden darf", meinte van Bergen. Schon deshalb sei das Gesetz "im Grunde eine Farce", so der Geschäftsführer des Verbandes, Adi Goldbach, gegenüber SPIEGEL ONLINE.

-----  
(C) SPIEGEL ONLINE 2002

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet AG  
-----

## Zum Thema

### In SPIEGEL ONLINE:

- Kraft-Wärme-Kopplung: Mühsamen Kompromiss verkündet (25.06.2001)  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,141760,00.html>
- Kraft-Wärme-Kopplung: Vertragsvorschlag der Stromindustrie verfehlt Klimaschutzziel (11.05.2001) <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,133522,00.html>
- Kraft-Wärme-Kopplung: Umweltverbände warnen vor Blamage beim Klimaschutz (14.05.2001) <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,133792,00.html>
- Kraft-Wärme-Kopplung: Ultimatum rettet Koalitionsfrieden (11.04.2001)  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,128092,00.html>
- KWK-Lobbyismus: Mit allen Mitteln gegen Trittins Quote (08.03.2001)  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,121532,00.html>
- Interview mit Reinhard Loske zum KWK-Streit: "Teilweise Fakes, teilweise Doppelzählungen" (07.02.2001)  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,116231,00.html>

### Im Internet:

- Der KWK-Gesetzentwurf des Bundestags  
<http://dip.bundestag.de/btd/14/070/1407024.pdf>
- Die KWK-Sicht der Grünen  
<http://www.michaele-hustedt.de/KWK-Modernisierungsgesetz.pdf>
- Die Sicht des Bundesverbands-Kraft-Wärme-Kopplung  
<http://www.bkww.de>